

Transferkonferenz Sachsen-Thüringen

der Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT“

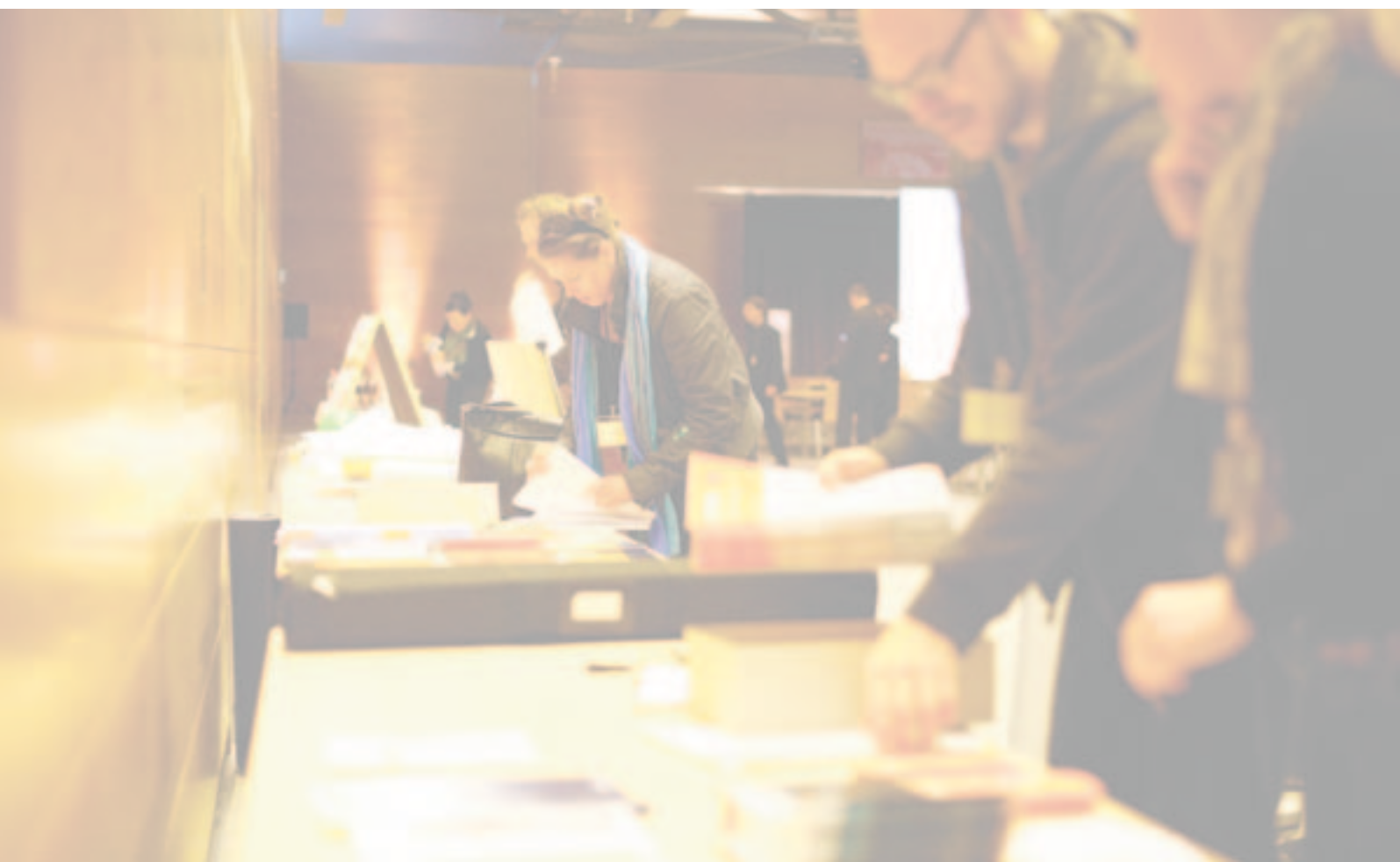
und „kompetent. für Demokratie“

Altenburg, 15. Oktober 2010



Inhalt

Programm	3
Das Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“	4
Grußwort Staatsminister Markus Ulbig	6
Grußwort Staatssekretär Dr. Hartmut Schubert	8
Zusammenfassung der Podiumsdiskussion	10
World-Café	14
Tisch 1 LAP – Strukturelemente eines Lokalen Aktionsplane	16
Tisch 2 LAP – Zusammenarbeit mit lokalen Bündnissen	18
Tisch 3 LAP – Wahrnehmung und Umgang mit rechtsextremen Ereignissen im öffentlichen Raum	20
Tisch 4 LAP – Bedeutung einer regionalen Situationsanalyse für die gemeinsame Zielfindung	22
Tisch 5 LAP – Beratungsnetzwerk – Mobile Beratung	24
Tisch 6 LAP – Beratungsnetzwerk – Mobile Beratung und kommunale Partner	26
Tisch 7 LAP – Beratungsnetzwerk – Opferberatung	28
Tisch 8 – Aussteigerprogramme	30
Tisch 9 Modellprojekte – Antisemitismus	32
Tisch 10 Modellprojekte – Frühansetzende Prävention	34
Tisch 11 – Landesprogramme	36
Tisch 12 – Rechtsextreme Einflussnahme in der Kommunalpolitik	38
Ihre Interessenbekundung	40
Impressum	45



Im Rahmen der Bundesprogramme **„VIELFALT TUT GUT.“** und **„kompetent. für Demokratie“** ist seit 2007 ein breites Spektrum an Erfahrungen, Wissen, Ergebnissen und konkreten Projekten zur Demokratiestärkung entstanden. In Ergänzung zur bundesweiten Ergebniskonferenz am 21. und 22. Oktober 2010 wurden in den Regionen Transferkonferenzen mit dem Ziel durchgeführt, den Austausch zwischen den Regionen sowie innerhalb der Länder und zwischen den Ländern zu befördern.

Neben der Sammlung und Präsentation von Good Practice/Erfolgsmodellen als Grundlage des Transfers in vergleichbare Strukturen und dem Austausch langjähriger Erfahrungen der bestehenden Lokalen Aktionspläne (LAP) mit neu beginnenden Lokalen Aktionsplänen sollten erfahrene Programmakteure mit neuen, interessierten Trägern und Kommunen zusammengebracht werden, um dadurch Vernetzungen aufzubauen bzw. zu vertiefen.

Gleichzeitig sollte im Rahmen der Veranstaltungen das nachfolgende Bundesprogramm mit seinen Voraussetzungen und Möglichkeiten bekannt gemacht werden.

Die Transferkonferenzen standen bundesweit unter dem Motto „Wege zur Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaften vor Ort – Erfahrungstransfer 2010“. Der Freistaat Sachsen, vertreten durch die Geschäftsstelle des Landespräventionsrates im Staatsministerium des Innern, organisierte die Transferkonferenz federführend in Kooperation mit dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz und dem Freistaat Thüringen für die Region Südost.

Der Veranstaltungsort Altenburg/TH wurde vor diesem Hintergrund sehr bewusst ausgewählt, denn in kaum einem anderen Ort ist die sächsisch-thüringische Geschichte bis in die jüngere Vergangenheit so sehr miteinander verwoben wie

in dieser Stadt. Die Stadthalle „Goldener Pflug“ als Tagungsstätte bot durch die großzügigen Raumverhältnisse ideale Voraussetzungen für den durch die Regiestelle beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angeregten Programmablauf.

Die Moderation der Veranstaltung übernahm Herr Bastian Wierzioch.

Mit der Vorbereitung und Durchführung wurde die VERBUNDNETZ EVENT, Mario Obst Eventmanagement Chemnitz, beauftragt.

Postanschrift:

Landespräventionsrat im Freistaat Sachsen
Sächsisches Staatsministerium des Innern
01095 Dresden

E-Mail: landespraeventionsrat@smi.sachsen.de



Programm

09:30-17:30	Markt der Möglichkeiten Ausstellungs- und Präsentationsflächen für Best-Practice-Projekte
10:00-11:00	Grußworte: Informationen zum Umsetzungsstand der Bundesprogramme Staatsminister Markus Ulbig (Sachsen) Staatssekretär Dr. Hartmut Schubert (Thüringen) Dr. Sven-Olaf Obst, Referatsleiter BMFSFJ Margitta Bergmann (Bundesamt für Zivildienst, als zukünftige Regiestelle des neuen Bundesprogramms) Andrea Keppke (Projektleiterin gsub zum Interessenbekundungsverfahren)
11:00-11:45	Podiumsdiskussion
11:40-12:00	Vorstellung World-Café-Phase
12:00-13:00	Mittagsimbiss
13:00-15:45	World-Café-Phase drei Runden zu je 12 Themenbereichen
15:45-16:15	Kaffeepause
16:15-17:00	Ergebnispräsentation Abschlussmoderation: u. a. zusammenfassende Bemerkungen, Ergebnisse und Fragen aus dem World-Café



Das Bundesprogramm

„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“



Die beiden Bundesprogramme „**VIelfALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie**“ und „**kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus**“ haben in der Förderperiode 2007–2010 sichtbare Erfolge gezeigt. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend will die neu geschaffenen Netzwerke auf kommunaler und Landesebene ab 2011 weiter stärken. Dabei wird die grundsätzliche Ausrichtung beibehalten, es werden lediglich in einzelnen Programmkomponenten Veränderungen vorgenommen. Dabei sollen Synergiepotenziale besser genutzt sowie Nachhaltigkeits- und Qualitätsaspekte stärker berücksichtigt werden. Dies geschieht in der Förderperiode unter einem gemeinsamen Dach mit dem Titel „**TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN**“.

Die folgenden Programmbausteine sind vorgesehen:

1. Förderung integrierter lokaler Strategien: Lokale Aktionspläne

Die Entwicklung integrierter lokaler Strategien hat sich als Erfolg versprechendes Instrument zur Stärkung der Bürgergesellschaft erwiesen. In der kommenden Förderperiode ist deshalb die Entwicklung, Implementierung und Umsetzung neuer Lokaler Aktionspläne vorgesehen.

2. Sicherung der Nachhaltigkeit der integrierten lokalen Strategien der bestehenden Lokalen Aktionspläne

Zur Intensivierung und Verstetigung der Arbeit der bereits bestehenden 90 Lokalen Aktionspläne aus der Förderperiode 2007–2010 werden diese ebenfalls im Rahmen ihrer Weiterentwicklung mit einer Fördersumme unterstützt, die sich auf die Finanzierung der Koordinationsarbeit,



der Vernetzung sowie der Gewinnung weiterer Zielgruppen konzentriert.

3. Förderung themenbezogener modellhafter Maßnahmen (Modellprojekte: Jugend, Bildung und Prävention)

Vielversprechende und innovative Modellerprobungen auf dem Feld des Demokratielernens sowie präventive Projekte gegen Rechtsextremismus werden auch in der Förderperiode 2011–2013 unterstützt. Gefördert werden Modellprojekte in vier Themenbereichen, die sich besonders methodischen Herausforderungen stellen.

Die vier Themenbereiche lauten:

- Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus.
- Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen.
- Zusammenleben in der Integrationsgesellschaft.
- Umgang mit Vielfalt und Differenz im Elementar- und Primärbereich.

Zur Sicherung der Nachhaltigkeit wird die Finanzierung der Projekte auf verschiedene Schultern verteilt. Eine Kofinanzierung in Höhe von mindestens 50 Prozent ist daher erforderlich.

4. Förderung und Unterstützung qualitätsorientierter Beratungsleistungen in den landesweiten Beratungsnetzwerken.

Bei den landesweiten Beratungsnetzwerken steht die Weiterentwicklung einer qualitativen Beratungstätigkeit im Vordergrund. So soll nicht nur die Beratungstätigkeit gefördert werden, sondern auch die Qualifizierung der Beraterinnen und Berater. Modulare Weiterbildungsangebote sowie Qualitätsentwicklung und -dokumentation stehen dabei im Vordergrund.



Grußwort Staatsminister Markus Ulbig



Sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Schubert, sehr geehrte Abgeordnete der Thüringischen und Sächsischen Parlamente, sehr geehrte Damen und Herren,

die Stärkung der Zivilgesellschaft ist ein wichtiges Anliegen, denn sie ist die Grundlage einer wehrhaften Demokratie. Deshalb beteiligt sich Sachsen aktiv an den Bundesprogrammen **„kompetent. für Demokratie“** und **„VIELFALT TUT GUT“**. Damit verfolgen wir einen präventiven und einen reaktiven Ansatz. Wir schützen die Demokratie dort, wo sie bedroht ist. Gleichzeitig betreiben wir Aufklärung und Prävention, um insbesondere den Zulauf junger Menschen zu extremistischen Strömungen von vornherein zu unterbinden.

Beide Ansätze sind wichtig. Deshalb unterstützt Sachsen das neue Bundesprogramm **„TOLERANZ**

FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“. Das Programm führt beide Ansätze zusammen und knüpft an die bisherigen Erfahrungen an. In Sachsen haben sich dabei drei Elemente besonders bewährt: Lokale Aktionspläne, das Beratungsnetzwerk und Modellprojekte.

Der Erfolg der Lokalen Aktionspläne beruht darauf, die lokalen Erfahrungen vor Ort einzubeziehen. Die Attraktivität des Modells zeigen Aktivitäten des früheren Landkreises Mittweida sowie der Stadt Chemnitz, die ihrerseits Lokale Aktionspläne installiert haben – ohne dafür Bundesförderung zu erhalten. Es kann für alle sächsischen Regionen hilfreich sein, das Modell Lokaler Aktionspläne aufzugreifen. Eine Umsetzung kann jedoch nur in einer realistischen Größenordnung, im Rahmen einer praktikablen regionalen Bezugsgröße erfolgen. Es ist deshalb sinnvoll, wenn für das neue Programm Lokale Aktionspläne von den Landkreisen und kreisfreien Städten konzipiert und beantragt werden. Auf diesem Wege können die Mittel des Programms einer größeren Region zugute kommen.

Die Mittel des Bundes sind begrenzt, deshalb können sich Antragsteller auch an das Landesprogramm **„Weltoffenes Sachsen“** wenden. Es ist unsere Absicht, gute Lokale Aktionspläne in Sachsen nach unseren Möglichkeiten zu unterstützen.

Mit der Einrichtung eines Beratungsnetzwerkes innerhalb einer Arbeitsgruppe des Landespräventionsrates ist es uns gelungen, den Anforderungen des Bundesprogramms zu entsprechen und gleichzeitig landesspezifische Strukturen zu nutzen. Insofern war es wichtig, dass wir zum Einen die aus dem Civitas-Programm hervorgegangenen Beratungsträger weiterhin dabei hatten und zum Anderen

keine Parallelstrukturen aufgebaut haben. Es ist sinnvoll, auf die Stabilität der gewachsenen Trägerstrukturen zu setzen. So wissen die Beratungsnehmer, mit wem sie es zu tun haben werden. Gleichzeitig können sich auch belastbare Netzwerke herausbilden, die für ein optimales Funktionieren im Kampf gegen Extremismus erforderlich sind.

Der Freistaat Sachsen wird auch weiterhin Beratungsarbeit fördern und sich am neuen Bundesprogramm beteiligen. Ein solches Bekenntnis zur Arbeit der Beratungsträger kann jedoch nicht heißen, allen finanziellen Vorstellungen in vollem Umfang entsprechen zu können. In den letzten Jahren hat sich das Antragsvolumen für die Beratungsarbeit deutlicher erhöht als die entsprechende öffentliche Förderung. Hier wird gewissenhaft geprüft, was nötig und was möglich ist.

In Sachsen gibt es extremistische Strukturen, Propaganda und Übergriffe. Aber wir haben auch die erforderlichen Strukturen zu deren Bekämpfung. Wir haben aktive Träger, professionelle Fachkräfte und viele Initiativen, die sich engagieren.

Der Freistaat fördert diese Arbeit mit mehreren Millionen Euro jährlich. Das Funktionieren einer Zivilgesellschaft wird aber nicht in Euro und Cent gemessen. Die Währung der Zivilgesellschaft ist bürgerliches Engagement. Die Politik kann hier nur Impulse geben. Den Weg dahin müssen die Bürger selbst gehen. Beispielhaft ist das Modellprojekt **„Demokratie von Anfang an“** der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung. Dieses zeigt, dass wirksame Prävention so früh wie möglich ansetzen sollte. Wer früh lernt, was Vielfalt und Mitbestimmung bedeuten, lernt unsere freiheitliche demokratische Grundordnung schätzen und ist kaum für ideologische Verlockungen empfänglich.

Die genannten Punkte haben sich bewährt und sollten in **„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“** fortgeführt werden. Es gibt aber noch weitere wichtige Programme. Das Demokratieförderprogramm des Bundesinnenministeriums **„Zusammenhalt durch Teilhabe“** ist besonders interessant für Kommunen und Landesverbände. Damit können deutliche Akzente zur Stärkung einer demokratischen Bürgergesellschaft gesetzt werden. Eine Demokratie, in die sich die Bürgerinnen und Bürger einbringen, ist eine wahrhafte und wehrhafte Demokratie. Das beinhaltet die Zusammenarbeit von Politik mit einer engagierten Bürgerschaft. Das Bundesprogramm **„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“** wird dafür einen wichtigen Impuls leisten.



Markus Ulbig – Staatsminister des Innern im Freistaat Sachsen

Grußwort Staatssekretär Dr. Hartmut Schubert



**Sehr geehrter Herr Staatsminister Ulbig,
sehr geehrte Abgeordnete der Sächsischen und
Thüringischen Parlamente,
sehr geehrte Damen und Herren,**

ich begrüße Sie ganz herzlich in Altenburg. Mich freut es ganz besonders, dass die Tagung in der Skatstadt stattfindet. Ich betrachte es als eine Stärkung der Ostthüringer Region, wenn derartige Veranstaltungen hier stattfinden.

Ganz besonders freue ich mich, dass viele Vertreter der verschiedenen Vereine, Verbände und Bündnisse den Weg hierher gefunden haben. Sind sie es doch, die mit ihrem aktiven Wirken vor Ort abstrakte Programme mit Leben füllen!

Die Bundesprogramme „**VIELFALT TUT GUT**“ und „**kompetent. für Demokratie**“ helfen, die demokratische und politische Kultur zu fördern.

Sie stärken nachdrücklich die Bekämpfung des Rechtsextremismus in Thüringen.

Ich kann es daher nur begrüßen, dass die Förderung dieser wichtigen Anliegen im neuen Bundesprogramm „**TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN**“ fortgesetzt wird. Denn der Rechtsextremismus ist in Thüringen nach wie vor eine sehr ernst zu nehmende Gefahr.

Es gibt ein rechtsextremes Einstellungspotenzial in Thüringen. Es schwankt seit dem Jahr 2000 zwischen 16 und 23 Prozent. Es ist damit größer als die Wählerschaft rechtsextremer Parteien.

Ungeachtet der NPD-Stimmengewinne bei der Landtagswahl im letzten Jahr kann von einer Erfolgsgeschichte der Rechtsaußenparteien in Thüringen nicht die Rede sein. In den zwei Jahrzehnten nach der Deutschen Einheit ist es keiner rechtsextremen Partei gelungen, Sitze im Thüringer Landtag zu gewinnen.

Aber: Auf der kommunalen Ebene hat sich zuletzt ein etwas anderes Bild ergeben. Allerdings ist die NPD von einer durchgehenden lokalen Verankerung zum Glück noch deutlich entfernt. Gerade deshalb aber gilt: Wir dürfen und werden in unserem Kampf gegen die Rechtsextremisten nicht nachlassen.

Seit Jahren erreichen rechtsextreme Straf- und Gewalttaten in Thüringen ein gefährlich hohes Niveau, auch im gesamtdeutschen Vergleich. Dieses Ausmaß fremdenfeindlicher Gewalt erscheint noch unverständlicher, wenn man den geringen Ausländeranteil in Thüringen berücksichtigt.

Rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Aktivitäten, Einstellungen oder Phänomene sind keine vernachlässigbaren

Randprobleme.

Das haben die Verantwortlichen in Thüringen, im Land, in den Kommunen sowie unsere Bürgerinnen und Bürger erkannt.

Dieser Aufgabe muss sich die ganze Gesellschaft stellen. Dazu brauchen wir das Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger. Der Staat kann und muss dieses Engagement sinnvoll unterstützen und fördern.

In einer gemeinsamen Erklärung haben im letzten Jahr alle Fraktionen des Thüringer Landtags insbesondere dem Rechtsextremismus den Kampf angesagt. Die Landesregierung wurde aufgefordert, alle dafür erforderlichen Maßnahmen in einem Landesprogramm zu bündeln.

Die Arbeit am Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit ist mittlerweile auf der Zielgeraden. Alle demokratischen Kräfte des Freistaats und die zivilgesellschaftlichen Akteure waren und sind in diesen Prozess eingebunden.

Wir wollen mit dem Landesprogramm die qualifizierten Thüringer Strukturen vernetzen und besser koordinieren – um die vorhandenen Ressourcen und Kompetenzen zu bündeln und zielorientierter einzusetzen.

Kurzfristige Lösungsansätze und Sonderprogramme werden der Komplexität und der Bedeutung der rechtsextremen Bedrohung nicht gerecht. Wir brauchen daher langfristige Präventions- und Bekämpfungsansätze, die zielgruppen- und bedarfsorientiert ausgerichtet sind.

Glücklicherweise wird die auslaufende Bundesförderung der bisherigen Programme durch ein neues Bundesprogramm weitergeführt. Es werden einige neue Akzente gesetzt. Vor allem aber wird Bewährtes weitergefördert

– insbesondere die Mobile Beratung, die Opferberatung und das Instrument der Lokalen Aktionspläne.

Diese Strukturelemente werden auch im Thüringer Landesprogramm eine wichtige Rolle spielen, um die lokale Ebene zu stärken.

Ich bin davon überzeugt: Demokratisches Bewusstsein, Sensibilität für die Gefährdungen unserer Demokratie, die Bereitschaft zur Abwehr von Rechtsextremisten – all das kann nicht von oben verordnet werden.

Es muss im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen wachsen und gestärkt werden – in den Vereinen, in unseren Dörfern und Städten, in den Schulen, der Jugendarbeit, den Feuerwehren und auch im Seniorenclub. Wir brauchen dafür Bürgerbündnisse auf einer breiten Ebene. Wir brauchen begeisterte und wehrhafte Demokraten.

Ich danke all den Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen im Lande, die bisher diese Programme mit Leben gefüllt und voran getrieben haben.

Ich kann Ihnen zusagen, dass die bewährten Angebote fortgeführt und gemeinsam mit dem Bund ausgeweitet werden. Neues wird bedarfsgerecht gefördert.

Denn es gibt keinen Grund, auch nur einen Moment in unserer Aufmerksamkeit und unserem Engagement nachzulassen.



Dr. Hartmut Schubert
Staatssekretär im Thüringer Ministerium für
Soziales, Familie und Gesundheit

Zusammenfassung der Podiumsdiskussion



Teilnehmer (v.l.n.r.):

Friedemann Beyer (Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz Sachsen)

Dr. Sven Olaf Obst (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

Angela Klier (LAG Vielfalt Sachsen)

Bastian Wierzioch (Moderator)

Staatssekretär Dr. Hartmut Schubert (Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit Thüringen)

Sabine Schmidt (Amt für Jugend und Schulverwaltung Suhl)

Jens Hoffsommer (Deutsche Kinder- und Jugendstiftung)

Sabine Schmidt zur Arbeit
mit dem Aktionsplan in
Suhl:

„Wir haben 2007 in Suhl gemeinsam mit den Ausschüssen und dem Stadtrat die Entscheidung getroffen, die Koordinierungsstelle innerhalb der Strukturen der Stadtverwaltung zu belassen. Dies kann ich für meine Region als positiv einschätzen, weil wir als Träger der Jugendhilfe viele Anknüpfungspunkte hatten und viele Vernetzungsstrukturen aus unserer Sicht schon gut funktioniert haben... Auch wenn wir im ersten Jahr sehr oft getagt haben, war es das Ziel, den Begleitausschuss nicht zu sehr zu beanspruchen. In erster Linie haben wir uns für die Förderung von Großprojekten entschieden, um die finanziellen Mittel sinnvoll einzusetzen. Hauptziel war die Förderung der Jugendhilfe...“

Dr. Hartmut Schubert
zum Umsetzungsstand
des Landesprogramms in
Thüringen:

„Es gab erhebliche Schwierigkeiten, da die Vorstellungen der einzelnen Parteien stark voneinander abwichen, beispielsweise im Bezug darauf, welche Rolle die verschiedenen Formen von Extremismus spielen. Die Landesregierung hat allerdings den Auftrag, die Programmvorbereitung in diesem Jahr zu Ende zu führen, was sie auch definitiv schaffen wird. Es war das Ziel, dass alle Beteiligten voll hinter dem Programm stehen...“

Jens Hoffsommer zum Modellprojekt „Demokratie von Anfang an“:

„Wir arbeiten mit Kindergartenkindern bzw. deren Erzieherinnen. Bei Demokratie denkt man oft an den Staat (Wahlen etc.). Überträgt man dies nun auf die Kindergärten, wäre das beispielsweise das Mitbestimmungsrecht der Kinder beim Mittagessen, bei Aktivitäten, Schlafzeiten. Diese Dinge besprechen wir mit Erzieherinnen. Bei der Diskussion über solche Dinge waren vielmehr die Erwachsenen ein Problem als die Kinder. ...Die Arbeit war sehr erfolgreich, so dass wir jetzt beginnen konnten, unsere Erfahrungen zu übertragen und anderen Kitas Material zur Verfügung zu stellen (Weiterbildungen, Qualitätsentwicklungsinstrumente etc.)...

Wenn sich Pädagogik verändert, lässt sich das ganz praktisch im Alltag beobachten (Einräumen von Mitbestimmungsrecht, Umsetzung der Schlafkonzepte). Bei manchen Einrichtungen ist diese Umstellung weitreichend gelungen, andere haben sich schwerer getan. Es ließ sich jedoch beobachten, dass sich Rahmenbedingungen für Kinder verändert haben. Sie sollen die Möglichkeit haben Demokratie zu erleben und davon zu lernen.“

Dr. Sven-Olaf Obst zum neuen Bundesprogramm:

„**VIelfalt tut gut** hatte den Schwerpunkt in der Förderung „Lokaler Aktionspläne“ in 90 ausgewählten Kommunen und Landkreisen sowie die Unterstützung von 93 modellhaften Projekten im Kontext „Jugend, Bildung und Prävention“. Kompetent für Demokratie unterstützte Beraterinnen und Berater gegen Rechtsextremismus vor Ort durch die Bildung von 16 landesweiten Beratungsnetzwerken. Nach Abschluss der Förderperiode Ende 2010 sind die beiden Bundesprogramme zusammengeführt und unter der gemeinsamen Überschrift „**TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN**“ weiterentwickelt worden. Ziel ist, Synergieeffekte zu heben und letztendlich auch die Verwaltung kostengünstiger zu gestalten.“

Herr Friedemann Beyer zum Beratungsnetzwerk in Sachsen:

„Der Bund hat ein Beratungsnetzwerk vorgesehen. Vor allem in den westlichen Ländern sollte dazu ein Pool aus Beratern gebildet werden. In Sachsen haben wir allerdings bereits zwei lange etablierte und starke Träger, weshalb die spontane Auswahl neuer Berater für uns nicht in Frage kam. Es ist auch nicht sinnvoll, Parallelstrukturen aufzubauen. Ziel des Freistaates war daher die Bündelung der Tätigkeiten, wozu nun der Landespräventionsrat als starkes Gremium dient.“

Frau Angela Klier zur
Landesarbeitsgemeinschaft
(LAG) Vielfalt:

„Den Akteuren im Bundesprogramm war eine regelmäßige Zusammenkunft sehr wichtig, um sich untereinander über Zusammenarbeit und Strategien auszutauschen. Bei der LAG haben wir heute nicht nur Vertreter der Zivilgesellschaft sondern auch der Behörden. Der Austausch wird dadurch breiter und man kommt relativ früh an Informationen aus Bundes- und Landesebene. Dies ermöglicht eine schnelle und transparente Umsetzung der Aufgaben vor Ort. Im Bezug auf die Zukunft ist die wichtigste Grundvoraussetzung der gemeinsame Wille zur weiteren Zusammenarbeit und die Schaffung einer demokratischen Basis für Sachsen gegen Extremismus. Wir wollen die alte Konstellation aufrecht erhalten und diese mit Vertretern des neuen Bundesprogramms ergänzen.“

Herr Dr. Obst zum
Wunsch nach längeren
Förderzeiträumen u. a.:

„Die Debatte um Infrastrukturförderung ist ja so alt wie die Programme selbst und auch die Position, die wir dazu vertreten, ist relativ bekannt. Wenn wir über eine längerfristige Förderung nachdenken, kann ich mir das jedoch – wenn überhaupt - nur auf der Ebene von bundesweit agierenden Maßnahmen oder Trägern, nicht jedoch auf lokaler oder Landesebene vorstellen. Gleichwohl gibt es aber nach wie vor die Notwendigkeit, modellhaft zu fördern – beides könnte sich perspektivisch ergänzen. Es wird vielleicht in Zukunft möglich, bei Modellprogrammen eine Frist von fünf Jahren zu setzen und dann zu sehen, ob die Fördervereinbarung zum Ziel geführt hat und eine Fortführung nötig bzw. sinnvoll ist. Und zur Frage der Jährlichkeit der Bewilligung: Es ist nicht möglich, alle anstehenden Projekte für die gesamte Laufzeit zu bewilligen. Dies würde den Rahmen der verfügbaren sogenannten Verpflichtungsmaßnahmen sprengen. Demnach wird es auch in Zukunft die Jahresfrist geben, die auch der regelmäßigen Überprüfung des jeweiligen Vorankommens im Projekt dient.“

Frau Schmidt zur
Zusammenarbeit mit den
Bürgerbündnissen:

„Momentan gibt es 40 zivile Akteure in unserem Bündnis, in denen alle Parteien vertreten sind. Wir koordinieren dieses Bündnis (Versorgung von Logistik, Informationen,...), was zu einer sehr guten Zusammenarbeit führt. Das Bündnis soll auch zukünftig bestehen bleiben. Wenn alle Beteiligten an einem weiteren Funktionieren des Netzwerkes interessiert sind, stellt auch das Auslaufen eines 100.000-Euro-Programms keine Gefahr für dessen Bestehen dar.“

Herr Hoffsommer
zur Zukunft des
Modellprojektes:

„Wir haben verschiedene Instrumente entwickelt, die wir gerne an die Kitas vermitteln wollen. Es sind Verknüpfungen in Richtung lokaler Aktionspläne denkbar, wenn man Kindergärten im Bezug auf Demokratie fördern und begleiten will. Wir denken in Sachsen weiterhin über ein Netzwerk nach, das dazu dient neue Einrichtungen von den Erfahrungen anderer teilhaben zu lassen. Wir werden dieses Vorhaben weiter verfolgen und sind offen für neue Ideen.“

Herr Dr. Schubert
zum Mitspracherecht
der Länder bei den
Bundesprogrammen:

„Wir verfügen über Mitspracherecht, welches bei den neuen Programmen ausgeweitet werden wird. Demnächst gibt es bei uns ein eigenes Landesprogramm. Wichtig ist, dass die Projekte parallel laufen, ohne miteinander verbunden zu sein. Auch wenn das System noch ausbaufähig ist, kann man klare positive Ansätze erkennen.“

Herr Beyer zur
Kofinanzierung 2011:

„Wir wollen (unter anderem) mit Hilfe von Landesmitteln LAP unterstützen. Ich vermute, dass wir hierbei etwas über dem bundesweiten Durchschnitt liegen. Auch die Beratungsträger werden natürlich weiterhin kofinanziert. Über die Höhe der Landesförderung kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings noch nichts gesagt werden. Tatsache ist, dass der Freistaats die degressive Bundesförderung bisher ausgeglichen und seine Förderung erhöht hat. Allerdings ist das ist Antragsvolumen der Träger ebenfalls gestiegen.“

Frau Klier zur weiteren
Entwicklung der
Lokalen Aktionspläne,
Beratungsnetzwerke und
Modellprojekte:

„Bei den Modellprojekten ist die Integration in Bildungsstrukturen sehr wichtig aber auch in Strukturen der vorhandenen Netzwerke in Sachsen. Im Bezug auf die Beratungsnetzwerke muss trotz allem gesagt werden, dass eine Regelförderung angebracht wäre. Mit zeitlich befristeten Bundesprogrammen ist dies nicht möglich. Einige der lokalen Aktionspläne haben gute Chancen, wenn sie gute Handlungskonzepte und tragfähige lokale Strategien entwickelt haben, die sich gut in kommunale Entwicklungskonzepte integrieren lassen. Nur dann können auch Kommunen und Landkreise finanzielle Unterstützung leisten.“



World-Café

Die Transferkonferenz stand im Zeichen des kollegialen Fachaustausches über Umsetzungsstrategien, Erfolgsmodelle, Herausforderungen sowie Übertragungsmöglichkeiten von Konzepten, Handlungsweisen und Praxiserfahrungen. Für die Erörterung standen 12 moderierte World-Café-Tische zur Verfügung, die jeweils mit einem Tischgeber aus Sachsen und Thüringen besetzt waren.

- Tisch 1: LAP – Strukturelemente eines LAP
- Tisch 2: LAP – Zusammenarbeit mit lokalen Bündnissen
- Tisch 3: LAP – Wahrnehmung und Umgang mit rechtsextremen Ereignissen im öffentlichen Raum
- Tisch 4: LAP – Bedeutung einer regionalen Strukturanalyse für die gemeinsame Zielfindung
- Tisch 5: Mobile Beratung
- Tisch 6: Mobile Beratung und kommunale Partner
- Tisch 7: Opferberatung
- Tisch 8: Aussteigerprogramme/Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen/Elternberatung
- Tisch 9: Modellprojekt – Antisemitismus
- Tisch 10: Modellprojekt – Frühansetzende Prävention
- Tisch 11: Landesprogramme
- Tisch 12: Rechtsextreme Einflussnahme in der Kommunalpolitik

Die Ergebnisse der World-Cafés werden zum Schluss der Transferkonferenz vorgestellt.



Tisch 1 LAP – Strukturelemente eines Lokalen Aktionsplanes



Auf Grundlage eines Lokalen Aktionsplanes (LAP) werden konkrete Konzepte und Projekte durch Vereine, Initiativen und zivilgesellschaftliche Akteure umgesetzt. LAP sind Teil des Bundesprogrammes „**VIelfALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie**“. Der Lokale Aktionsplan enthält inhaltliche Schwerpunkte und Ziele im Umgang mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Im Rahmen verschiedener Maßnahmen sollen Toleranz und Demokratie durch bildungspolitische Arbeit vermittelt und gestärkt werden. Die Ziele gliedern sich in Leit-, Mittler- und Handlungsziele. Organisatorisch gesehen, setzt sich die Struktur des LAP's im Wesentlichen aus dem Ämternetzwerk, dem Begleitausschuss und der lokalen Koordinierungsstelle zusammen.

Erfolge werden in der Nutzung und dem Ausbau vorhandener Strukturen sowie der Analyse bereits aktiver Träger gesehen. Dabei sollten besonders die Ziele der einzelnen Initiativen im Fokus stehen, um eine größtmögliche Beteiligung zu gewährleisten. Ebenso erwies es sich als vorteilhaft, auf basisdemokratischer Ebene zu arbeiten, indem Mitwirkende ihre Ziele eigenständig entwickeln und diese realisieren. Bei der Umsetzung erwiesen sich teilweise die langen Informationswege des Ämternetzwerkes als problematisch. Eine Verkürzung dieser wurde im Sinne einer Optimierung diskutiert. Eine genauere Abstimmung der Erwartungshaltungen aller Beteiligten (beispielsweise gesondert nach Problemlagen oder Interessen) stellt eine weitere Verbesserungsmöglichkeit dar. Eine zusätzlich erörterte Schwierigkeit ergibt sich durch eine unter Umständen bestehende Befangenheit im Begleitausschluss. Wünschenswerte Verbesserungen in der zukünftigen Umsetzung von Lokalen Aktionsplänen sah man in der Streckung des Beantragungsverfahrens

Moderatoren:

Bernd Stracke, LAP-Koordinator Zittau/Görlitz (SN)
Sabine Schmidt, Stadt Suhl (TH)

Protokollantin:

Claudia Freitag

beziehungsweise in der angemessenen
Verlängerung der Antragstellung.

Zusammenfassung:

- Erfolge durch Nutzung vorhandener Strukturen, größtmöglicher Beteiligung basisdemokratischer Strukturen.
- Problematisch sind lange Informationswege und ungenügende Abstimmung gegenseitiger Erwartungshaltungen sowie ggf. vorhandene Befangenheit im Begleitausschuss.
- Wünschenswert ist die Streckung des Beantragungsverfahrens bzw. Verlängerung der Antragstellung.



Tisch 2 LAP – Zusammenarbeit mit lokalen Bündnissen



Innerhalb der Gesprächsrunden des World-Cafés wurden die Erfahrungen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Akteuren des Lokalen Aktionsplanes sowie lokaler Bündnisse diskutiert. Das Maß an bestehenden und gewollten Synergieeffekten gestaltet sich dabei äußerst differenziert, obgleich ein gemeinsamer Konsens in der grundsätzlichen Kooperation und Schaffung sowie Nutzung entsprechender Netzwerkstrukturen besteht. Insbesondere die regionalen – teilweise seit mehreren Jahren bestehenden – Bündnisse gegen Rechts sind als Kompetenzpartner unbedingt in die Arbeit der LAP's einzubeziehen. Sie verfügen über vielfältige Netzwerkstrukturen, bündeln Know-How in der Arbeit für Demokratie und Toleranz und verfolgen praxisbezogene Ansätze. Der LAP kann den Bündnissen zu einer strategisch ausgerichteten und nicht nur aktionsbezogenen Arbeitsweise verhelfen. In jedem Fall sind die Strukturen des LAP und die vorhandener Bündnisse aufeinander abzustimmen und auf eine gemeinsame Basis hin zu entwickeln.

Zusammenfassung:

- Erfolge durch gegenseitige Partizipation von LAPs und Lokalen Bündnissen.
- Problematisch ist, dass Lokale Bündnisse häufig aktionsbezogen und reaktiv arbeiten und nicht strategisch.
- Wünschenswert ist die Schaffung gemeinsamer Strukturen von LAPs und lokalen Bündnissen.

Moderatoren:

Matthias Klemm, Trägerbündnis „tv bunt“ (SN) &
Jörn Krause, LAP Federführendes Amt
Kyffhäuserkreis (TH)

Protokollant:

Marcel Sievers, LAP Koordinierungsstelle
Kyffhäuserkreis



Tisch 3 LAP – Wahrnehmung und Umgang mit rechtsextremen Ereignissen im öffentlichen Raum



Rechte Konzerte oder Sportveranstaltungen werden oft durch Privatpersonen angemeldet. Die NPD zielt verstärkt auf die Mitte, oft auf gutsituierte Kreise. Rechte nutzen vorhandene Möglichkeiten des Rechtsstaates, bspw. versuchen sie sich in Vereinen zu engagieren oder gesellschaftliche Funktionen wahrzunehmen oder werden als Eltern in der Kita aktiv. In der sächsischen Schweiz und an anderen Orten gibt es im Wahlkampf oft nur NPD-Plakate im Ort. Bürgerinnen und Bürger, die sich wehr- und machtlos fühlen, werden von der NPD angezogen; NPD und rechtsextreme Gruppen nutzen das aus und leisten Hilfe bzw. bringen sich entsprechend ein.

Rechtsextreme wollen keinen Druck durch Bürgerinnen und Bürger bzw. Bündnisse o.ä. haben, von solchen Orten ziehen sie sich meist zurück.

Es gibt viele Presseartikel über rechtsextreme Ereignisse, jedoch zu wenig öffentliche Aufmerksamkeit für Projekte zur Demokratieentwicklung und gegen Rechtsextremismus. Die öffentliche Wahrnehmung muss verändert werden, u. a. durch persönliche Ansprache der Redakteure. Rassistische Übergriffe dürfen nicht bagatellisiert werden.

Gegenveranstaltungen werden oft einfach als linksextremistisch eingestuft. Informationen über rechtsextremistische Aktivitäten müssen unter Einbindung engagierter Bürgerinnen und Bürger breit gestreut werden. Dabei ist es notwendig, in Schulen, bei der Polizei, beim Bürgermeister und der öffentlichen Verwaltung mehr Aufklärungsarbeit zu leisten. Landräte und Kommunalverwaltungen müssen sich mehr einbringen, dann ist eine größere Akzeptanz bei der Gesamtbevölkerung möglich. Eine verstärkte Kooperation von Politik, Sicherheitsbehörden und

Moderatoren:

Andreas Näther, LAP Riesa-Großenhain (SN) &
Michael Schaffhauser, LAP-Koordinierungsstelle
Saale-Holzland-Kreis (TH)

Protokollantin:

Barbara Roscher, LAP Koordinierungsstelle
Pößneck

Zivilgesellschaft erscheint ebenso notwendig wie eine Kultur des Hinkuckens von aufmerksamen aktiven Bürgerinnen und Bürgern.

Es werden zentrale Stellen benötigt, bei denen man sich umfassend informieren kann – ebenso attraktive lebensweltorientierte Angebote für Jugendliche.

Die Nichtbesetzung demokratischer Themen hat wesentlich mit der Angst vor Fehlern zu tun. Es braucht Mut, Themen einzubringen, ohne dafür gleich eine Lösung dafür haben. Dort wo Partizipation möglich ist, erlebbar wird, haben Rechtsextreme weniger Chancen ihre Ideologien zu etablieren.

Zusammenfassung:

- Erfolge sind wahrnehmbar, wenn Strukturen vorhanden sind, die Ereignisse aufnehmen, weitertragen, sensibilisieren und aufklären.
- Problematisch ist das Vorhandensein angstbesetzter Räume und deren Beseitigung sowie die verbesserte öffentliche Wahrnehmung von Aktionen zur Demokratiestärkung.
- Wünschenswert ist eine erlebbare Partizipation sowie verstärktes (Einmischungs-)Engagement der deutungsmächtigen Akteure.



Tisch 4 LAP – Bedeutung einer regionalen Situationsanalyse für die gemeinsame Zielfindung



Erwartet schnell stellte sich in allen drei Diskussionsrunden die übereinstimmende Meinung ein, dass eine regionale Situationsanalyse ohne Zweifel wichtig und notwendig ist und weniger die Bedeutung als denn die Umsetzung der Erörterung bedarf.

Über die Analysephasen bisheriger und aktueller Projekte lässt sich, die positiven Entwicklungen betrachtend, zusammenfassend sagen, dass es in zunehmendem Maße gelingt, relevante Akteure aus nahezu allen gesellschaftspolitischen Ebenen einzubeziehen oder zumindest für die Thematik zu sensibilisieren. Ein guter Fortschritt lässt sich überwiegend in Städten und größeren Gemeinden verzeichnen.

Im Gegensatz dazu stehen aber kleinere Gemeinden, denen zwar der „Wille“ zur Umsetzung der Ziele und zur Beseitigung lokaler Probleme gegeben ist, welche sich aber oftmals in einer gewissen Hilflosigkeit gefangen sehen. Es wird konkret bemängelt, dass es kein funktionierendes Netzwerk bis in diese Ebene gibt, was Hilfe, Wissen und KnowHow zur Verfügung stellt.

Von den zahlreichen Teilnehmern wurde bemängelt, dass für eine aussagekräftige Situationsanalyse die Fristen oftmals deutlich zu kurz seien und/oder die Ressourcen für diese Aufgabe nicht ausreichend. Kontrovers diskutiert wurden wissenschaftliche Expertisen von Drittanbietern. Zum einen genießen diese Untersuchungen scheinbar hohes Ansehen in den Arbeitskreisen und sind ein gern gesehenes Werkzeug für den Genehmigungsprozess zum anderen wird ihnen jedoch mangelnder Bezug zur realen Situation nachgesagt. Die Kritiker verweisen hier auf Dunkelziffern und aus dem Kontext gerissene Statistiken, welche zu unspezifisch sind, um auf einzelne lokale Gegebenheiten wirken zu

Moderatoren:

Berit Lahm, Fachstelle für Extremismus und Gewaltprävention der Stadt Leipzig (SN) & Ricardo Glaser, Sozialwissenschaftliche Forschung und Beratung (SN)

Protokollant:

Marcel Jablonka

können. Vielmehr sei es nötig, vor Ort mit einer breitgefächerten Vertretung aller Zielgruppen die Situation zu analysieren und diese gleich von Anfang an in den Prozess einzubeziehen.

Regionale Situationsanalysen sollten die Summe von lokalen Situationsanalysen darstellen um spezifische Probleme beseitigen und nachhaltig wirken zu können. Es muss akzeptiert werden, dass städtische Modelle nicht im ländlichen Raum anwendbar sind. Die hierfür nötigen Netzwerke müssen geschaffen oder deutlich verbessert werden, um motivierten Kreisen und Personen Zugang zu dringend nötigem Wissen zu verschaffen. Eine regionale Situationsanalyse kann ebenfalls als Kontrollinstanz wirken, um beständiges Voranschreiten zu gewähren oder überprüfen, ob lokale Interessen gemeinsamen oder eigenen Zielen folgen.

Zusammenfassung:

- Die zunehmende Beteiligung und Sensibilisierung der relevanten Akteure ist ein wesentlicher Erfolg.
- Problematisch ist der Ressourcen- und Zeitmangel, der fehlende Wissenstransfer und fehlende Netzwerke, insbesondere in Kleingemeinden.
- Wünschenswert ist eine detaillierte Erarbeitung der Situationsanalysen, um nachhaltig wirken zu können.



Tisch 5 LAP – Beratungsnetzwerk – Mobile Beratung



Das Konzept der Beratungsnetzwerke sieht vor, dass durch die jeweilige Landeskoordinierungsstelle in Thüringen und Sachsen je nach `Krisensituationen` aus einem festen „Experten“-Pool individuell ein Beratungsteam zusammengestellt wird. Dies wird in den Bundesländern unterschiedlich gehandhabt. In der Diskussion wurde dieses Konzept als zumindest dahingehend schwierig in der Umsetzung erachtet, da Mobile Beratung auch immer Beziehungsarbeit ist. Während die Mobilen Beraterinnen und Berater in vielen Regionen u.a. durch ihre Bündnisarbeit bekannt sind und ein Vertrauensverhältnis zu den Beratungsnehmenden vorherrscht, muss ein solches mit den Personen aus dem Beratungsnetzwerk erst noch entstehen. Als positiv wurde aber auch die Chance bewertet, dass Beratungsnetzwerke Verständnis und Einblicke der jeweiligen ExpertInnen/Akteure für staatliches auf der einen und zivilgesellschaftliches Handeln auf der anderen Seite schaffen kann.

Eine grundsätzliche Schwierigkeit für die Mobilen Beratungsteams ist darin zu sehen, dass mit dem Wechsel der Bundesprogramme und somit dem Auslaufen der Mittel auch immer eine Unsicherheit über die Weiterfinanzierung des Beratungsangebotes einhergeht. Durch diese wiederkehrenden Phasen der Unsicherheit gestalten sich langfristige Beratungsprozesse und Planungen mit den lokalen Akteuren vor Ort schwierig.

Eine Vernetzung von Lokalen Aktionsplänen und Mobiler Beratung kann möglicherweise Synergieeffekte hervorrufen. Eine regelmäßige Zusammenkunft der LAP`s in einem Bundesland mitsamt der Mobilen Beratung könnte von den Landeskoordinierungsstellen organisiert werden.

Moderatoren:

Grit Hanneforth, Kulturbüro Sachsen e. V. (SN) &
Katja Fiebiger, MOBIT e. V. (TH)

Protokollantin:

Petra Pawelskus, MOBIT e. V.

Zusammenfassung:

- Beratungsnetzwerke schaffen Verständnis und geben Einblicke der jeweiligen Partner für staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln.
- Problematisch sind die geringen personellen Ressourcen der Mobilen Beratungsteams, die Gewährleistung einer Verstetigung und langfristiger Beratungsprozesse ist deshalb schwer.
- Wünschenswert ist eine Vernetzung von mobilen Beratungsprojekten mit den LAPs.



Tisch 6 LAP – Beratungsnetzwerk – Mobile Beratung und kommunale Partner



Die World-Café-Runden waren sehr verschieden besetzt.

In **Runde 1** fanden sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die bereits umfängliche Erfahrung in der Zusammenarbeit von kommunalen Partnerinnen und Partner, zivilgesellschaftlichen Akteuren und Mobiler Beratung hatten. Schwierigkeiten entstehen, wenn die Akzeptanz zivilgesellschaftlicher Akteure als auch der Beratungsangebote mangelhaft ist. Verbesserungsbedarfe gibt es hier vor allem hinsichtlich der Unterschiedlichkeit der Arbeitsweisen von Verwaltungsstrukturen und nichtstaatlich Handelnden und der Anerkennung der Relevanz einer Auseinandersetzung mit rassistischen, nazistischen und antisemitischen Einstellungen und Verhaltensweisen durch die Verwaltung und politische Verantwortungsträger (z.B. Bürgermeister). Für den Fall, dass problembewusste Verwaltungsstrukturen (z.B. Kreisverwaltung) selbst als Themensetzer fungieren (LAP), wurden ähnliche Beschreibungen formuliert (Vorbehalte in lokalen Verwaltungen und bei Verantwortungsträgern).

Runde 2 war maßgeblich mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Jugendarbeit und Schule besetzt. Zentrales Thema war hier die Schwierigkeit der Aufrechterhaltung eines fachlichen Angebots der Jugendarbeit im Zuge massiver Finanzierungsdefizite. Dies hat gravierende Auswirkungen im ländlichen Raum, der ohnehin schwach strukturiert ist. Es gefährdet gelungene Kooperationen zwischen Jugendarbeit und Schulsozialarbeit, die aus beiden Bundesländern beispielhaft vorgestellt wurden. Klar gefordert wurde die Aufstockung der grundständigen Finanzierung. Erst dann könnten zusätzliche inhaltliche Angebote, wie sie etwa durch das Bundesprogramm gefördert wurden,

Moderatoren:

Christoph Lordieck, Buntes Bürgerforum für Demokratie Limbach-Oberfrohna (SN) & Manfred Paul, Jugendamtsleiter Saale-Holzlandkreis (TH)

Protokollant:

Jens Paßlack, Mobiles Beratungsteam, Regionalbüro Neukirchen, Kulturbüro Sachsen e.V.

ihre beabsichtigte zusätzliche Wirkung entfalten. Selbiges gilt für Strukturprojekte wie die Mobile Beratung, die auf verlässliche Strukturen der Jugend- und Schulsozialarbeit angewiesen ist, um Problemlagen vor Ort erfolgreich einer Lösung zuführen zu können.

An **Runde 3** beteiligten sich vor allem Teilnehmerinnen aus dem zivilgesellschaftlichen Spektrum. Wie in Runde 1 berichten sie von Schwierigkeiten der Akzeptanz ihres Engagements. Positiv hervorgehoben wurden zusätzliche finanzielle Ressourcen durch Projektmittel aus den LAP. Ambivalent beschrieben wurden die Erfahrungen in der Zugänglichkeit dieser Mittel. Einige Vertreterinnen sprachen von einer förderlichen Vergabep Praxis, andere berichteten von bürokratischen und inhaltlichen Hemmnissen sowie Vorbehalten in Verwaltungsstrukturen hinsichtlich eines politischen Verständnisses der Auseinandersetzung mit rassistischen, antisemitischen und nazistischen Einstellungen und Verhaltensweisen. Ist es möglich geworden,

diese Vorbehalte auszuräumen, zeigen sich die Chancen der Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure: Eine vertrauensvolle Kooperation ermöglicht den gegenseitigen Wissenstransfer und die Unterstützung in Problemlagen. Hervorgehoben wurde hier die Rolle der Mobilen Beratung als fachlicher Partner, der das Zustandekommen von Kooperationen verschieden strukturierter Akteure befördert und bestehende Kommunikationshemmnisse abbauen hilft.

Zusammenfassung:

- Mobile Beratung ermöglicht durch Fachlichkeit den Wissenstransfer & konkrete Unterstützung in Problemlagen.
- Optimale Wirkung der mobilen Beratung kann sich nur entfalten, wenn es gewachsene Strukturen vor Ort gibt; Voraussetzung dafür ist die Akzeptanz bei Kooperationspartnern und die notwendige Kontinuität.
- Wünschenswert ist eine offene Darstellung rechtsextremer Problemlagen.



Tisch 7 LAP – Beratungsnetzwerk – Opferberatung



Die Arbeit der Opferberatung ist sehr vielfältig: psychosoziale Betreuung, juristische Unterstützung, Vermittlung von Dolmetschern, Erstellung von Statistiken über rechtsmotivierte Gewalt, Prävention etc. Im Mittelpunkt stehen also nicht nur Opfer rechtsmotivierter Gewalt, sondern ebenso deren Familienangehörige als auch die Bevölkerung allgemein. Sowohl in der Gesellschaft als auch von staatlicher Seite ist die Akzeptanz für die Arbeit und die Notwendigkeit der Opferberatung gestiegen. So werden beispielsweise mittels staatlicher Anerkennung besondere Opfererfahrungen gewürdigt.

Zwei wichtige Ansatzpunkte der Arbeit der Opferberatung kristallisierten sich heraus: Der unterschwellige Alltagsrassismus zum Einen und die Verdrängung dieses Problems in der Gesellschaft zum Anderen. Die Folgen sind mangelnde Zivilcourage und zu wenig Fälle, die aus Angst vor Rache oder Stigmatisierung zur Anzeige bei der Opferberatung gelangen.

Andererseits darf rechtsmotivierte Gewalt nicht auf konfrontative Gewalt reduziert werden (die Opfer nicht einfach als Linke maskieren), weil dadurch der rechtsmotivierte Hintergrund der Gewalttat verwischt wird und der Angriff als „Kampf verschiedener ideologischer Gesinnungen“ ein anderes Motiv erhält.

Die breite Öffentlichkeit für die Belange der Betroffenen sensibilisiert werden.

Hauptproblem der Opferberatung selbst ist das Kapazitätenproblem: professionelle und flächendeckende Arbeit kann nur mit entsprechender personeller Kapazität geleistet werden. Sachsen verfügt derzeit über 5,5 Stellen, benötigt aber mindestens 7, Thüringen arbeitet in der Opferberatung mit nur 3,25 Stellen in

Moderatoren:

Grit Armonis, RAA Sachsen e. V. (SN) &
Yvonne Proß, Thüringer Hilfsdienst für Opfer
rechtsextremer Gewalt bei Drudel 11 e. V. (TH)

Protokollantin:

Maria Hirsch

einem zentralen Büro in Jena. Die Opferberatung Thüringen wünscht sich außerdem eine bessere Kooperation mit der Polizei. Zur besseren Umsetzung der Arbeit der Opferberatung ist eine bundesweite Weitergabe der Beratungsstandards (z.B. durch Fortbildungen) wünschenswert, um damit eine Vernetzung der Opferberatungsstellen zu erreichen.

Zusammenfassung:

- Als Erfolg wird die Akzeptanz der Opferberatung und die Anerkennung besonderer Opfererfahrungen bewertet.
- Problematisch sind die geringen personellen Ressourcen und die daraus resultierenden Folgen für eine professionelle und flächendeckende Arbeit.
- Wünschenswert ist eine verstärkte Sensibilisierung für die Belange der Betroffenen und keine Reduzierung auf konfrontative Gewalt. Für Thüringen wird außerdem eine besser Kooperation mit der Polizei angestrebt.



Tisch 8 – Aussteigerprogramme



Neben der Vorstellung der Grundstruktur von Beratungsdienst, Trainings- und Bildungsprogramm sowie Elternbegleitung wurden Ziele und Möglichkeiten kritisch hinterfragt und dabei klare Grenzen in der praktischen Arbeit aufgezeigt.

Ziel kann es zunächst nur sein, die Straffälligen aus der rechten Szene überhaupt heraus zu holen, d.h., bei ihnen schrittweise eine Verhaltensänderung (Musik, Kleidung, Verhaltensmuster) und danach eine Veränderung der Einstellungsmuster und Autoreaktionen zu bewirken. Im dritten Schritt muss die Änderung gefestigt werden und Hilfeangebote im Krisenfall, der sehr häufig eintritt, unterbreitet werden.

Die Ansätze liegen dabei im Drudel 11 e.V. in der konfrontativen Pädagogik.

Diskutiert wurden die Möglichkeiten von Programmen in anderen Bundesländern und anderer Institutionen, z. B. exit oder Programmen der Länderpolizeien. Eine weitere Vernetzung in diesem und anderen Bereichen (Jugendamt, Verfassungsschutz) wäre für die Zukunft sehr wünschenswert, Lösungen sind aufgrund von rechtlichen Kompetenzen allerdings recht schwierig. Ein höherer Bekanntheitsgrad der Programme ist anzustreben. Eine Betonung lag auf dem Ziel und dem Wunsch, möglichst niedrigschwellige und transparente Angebote zu schaffen und anbieten zu wollen.

Das Konzept der geplanten sächsischen Programme wurde in diesem Rahmen vorgestellt.

Moderatoren:

Stephan Meister, Netzwerk Tolerantes Sachsen e. V. (SN) & Sebastian Jende, Thüringer Hilfsdienst für Opfer rechtsextremer Gewalt bei Drudel 11 e. V. (TH)

Protokollant:

Lars Vogt

Zusammenfassung:

- Großes Interesse besteht an den Möglichkeiten und Aussichten der Programme sowie am Erfahrungsaustausch über Konzept und praktische Umsetzung.
- Problematisch bleiben die hohen Barrieren für einen Ausstieg.
- Wünschenswert ist eine verstärkte Kooperation und eine Beförderung der Bekanntheit von Aussteigerprogrammen.



Tisch 9 Modellprojekte – Antisemitismus



In dieser Arbeitsgruppe haben sich zwei Modellprojekte vorgestellt. Die beiden Projekte, „**Hatikva**“ und „**Perspektivwechsel - Bildungsinitiativen gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit**“ haben zwar verschiedene Profile zu verzeichnen, allerdings haben die beiden Projektverantwortlichen ähnliche Perspektiven vertreten:

Hervorgehoben wurde die Bedeutung der Kontinuität im Gegensatz zu der kurzfristigen Pädagogik. Außerdem wurde die Einsicht in die Relevanz der Problematik sowie in die Notwendigkeit der (pädagogischen) Auseinandersetzung mit diesem Themenfeld als wichtige Voraussetzungen für eine gelungene „Antisemitismuspädagogik“ betrachtet. Gefordert ist hier eine Bildungsarbeit, die sich nicht primär als belehrende Wissens- und Vermittlung versteht, sondern eine dialogische Auseinandersetzung mit Ansichten und Positionen der Jugendlichen anstrebt.“

Das Bild von Juden existiert unabhängig von der realen Erfahrung und kann kaum durch Erfahrung korrigiert werden. Dies erklärt die Resistenz des Antisemitismus gegenüber persönlich abweichender Erfahrung oder aufklärendem Wissen. Diese Erfahrungsresistenz stellt die Pädagogik vor eine unlösbare Aufgabe, nämlich die Bereitschaft zur Reflexion dort zu wecken, wo eine Verweigerungshaltung gegenüber Reflexion und eine Unempfänglichkeit gegenüber Erfahrung vorhanden sind! Daraus resultieren Widerstände der Zielgruppen (Jugendliche und Erwachsene) und die mangelnde Motivation, sich dem Thema zu stellen. Im Verlauf der pädagogischen Arbeit gegen Antisemitismus wurde zunehmend deutlich, dass die Problematisierung antisemitischer und fremdfeindlicher Einstellungen einen vehementen Widerstand hervorrufen kann. Demzufolge zielten

Moderatoren:

Dr. Gunda Ulbricht, HATIKVA Sachsen e. V. (SN) & Marina Chernivsky, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V. (TH)

Protokollant:

René André Dittrich, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.

die im Projekt „Perspektivwechsel“ entwickelten Konzepte in erster Linie auf den Umgang mit dieser Abwehr. Die Vermittlung von differenziertem und mehrperspektivischem Wissen hatte in den beiden Projekten einen sehr hohen Stellenwert.

Die Vernetzung der in diesem Themenfeld Tätigen war aus der Sicht der Projekte erforderlich. Weiterhin wurden Faktoren wie die Langfristigkeit der Projektarbeit sowie die methodische Innovation genannt.

Zusammenfassung:

- Die Kontinuität und die lebensweltbezogene Pädagogik beeinflussen eine erfolgreiche Themenvermittlung positiv.
- Problematisch sind anhaltende Widerstände und mangelnde Motivation der Zielgruppen, sich mit dem Thema zu befassen sowie die fehlende Einsicht in das Erfordernis der Auseinandersetzung.
- Wünschenswert sind eine verstärkte Vernetzung der Akteure, eine Längerfristigkeit der Projekte sowie die kontinuierliche Möglichkeit für individuelle und strukturbezogene Arbeit.



Tisch 10 Modellprojekte – Frühansetzende Prävention



Nach einem anfänglichen Austausch zu bestehenden Kita-Projekten in Sachsen und Thüringen bzw. in verschiedenen LAP kamen die Beteiligten in allen drei Runden sehr schnell zur übereinstimmenden Auffassung, dass frühansetzende Prävention notwendig ist und in zahlreichen Projekten schon erfolgreich umgesetzt wurde.

Für eine erfolgreiche frühansetzende Prävention müssen die bestehenden Systeme (u. a. Trägerschaft der Kita, soziale Schichten der Elternschaft, Alter und Erfahrungen der Erzieherinnen und Erzieher u.v.a. m.) berücksichtigt werden. Die eigene Handlungsebene sowie der eigene Umgang mit Vorurteilen und mit Anderssein bei Projektinitiatorinnen und -initiatoren beeinflusst den Erfolg maßgeblich.

Als problematisch bei der Umsetzung der Projekte wurden in allen drei Runden sowohl strukturelle Hindernisse, beispielsweise unzureichende Zeit für kollegiale Beratungen in Kitas als auch die Zusammenarbeit mit den Eltern benannt.

Hinsichtlich einer besseren Umsetzung zukünftiger Projekte wurden verschiedene Rahmenbedingungen formuliert. Die vorhandene Breite an Erfahrungsschätzen müssen bei allen Beteiligten einschließlich der Erzieherinnen und Erzieher, Eltern und Kindern genutzt werden; vor allem Eltern sollten bei der Entwicklung eines demokratischen Werteverständnisses unterstützt werden und alle Beteiligten sollten Selbstwirksamkeitserfahrungen machen können. Weiterhin muss ein Verständnis dafür geschaffen werden, dass die Organisationsentwicklung von frühansetzender Prävention einen Zeitrahmen von 3-4 Jahren benötigt, um einen positiven Mehrwert für die Gesellschaft zu erreichen. Auf diesem Weg sollten immer auch die Träger

Moderatoren:

Jens Hoffsommer, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung gGmbH (SN) & Anja Oberländer, Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung Thüringen e. V. (TH)

Protokollantin:

Anja Blaschke, LAP-Koordinierungsstelle IIm-Kreis

einbezogen werden, reale Entscheidungsräume für die Kinder (demokratisches Grundverständnis), Diskussionsanlässe geschaffen und somit eine Beteiligung verankert werden.

Zusammenfassung:

- Erfolgreich erscheint die Berücksichtigung bestehender Systeme, die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit eigenen Vorurteilen und die Reflexion der jeweiligen Handlungsebene.
- Problematisch sind anhaltende strukturelle Hindernisse sowie die Zusammenarbeit mit den Eltern.
- Wünschenswert sind eine stärkere Unterstützung der Vernetzungsarbeit und eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit.



Tisch 11 – Landesprogramme



Am World-Café Tisch „Landesprogramme“ der Freistaaten Sachsen und Thüringen zeigte sich in allen drei Durchgängen rege Beteiligung. Dabei war vor allem der Entwicklungsprozess des Thüringer Landesprogramms **„Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz“** mit einer sog. „große Arbeitsgruppe“ als Podium zur Einbindung aller gesellschaftlichen Akteursgruppen von besonderem Interesse. Um die Grundlage für gemeinsame Diskussionen und Abstimmungen in Thüringen zu schaffen, erstellte eine Unterarbeitsgruppe den Entwurf zum Landesprogramm. Nunmehr soll in der großen Arbeitsgruppe und in entsprechenden Regionalkonferenzen der Entwurf vorgestellt und diskutiert werden.

Die Gesprächsteilnehmer erörterten diese Verfahrensweise intensiv und kontrovers. Bestehende Befürchtungen, dass Anmerkungen und Fragen der lokalen Akteure zwar aufbereitet in die Kabinettsitzung zum Landesprogramm eingebracht werden, jedoch keine Berücksichtigung finden könnten, wurden ebenso im World-Café diskutiert wie die Definition, Auslegung und Anwendung des „(Links-)Extremismusbegriffs“.

Als häufigstes Problem bei der Initiierung und Umsetzung der Landesprogramme führten die Teilnehmer die als zu gering empfundene Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten der lokalen Akteure und Strukturen an. Diesbezüglich wurde der Appell und Wunsch vorgetragen, zukünftig eine intensivere Einbindung lokaler Akteure zur Berücksichtigung regionalen Erfahrungen und Kenntnisse in den Landesprogrammen zu ermöglichen.

Das Landesprogramm **„Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“** besteht

Moderatoren:

Anja Herold, Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“,
Geschäftsstelle Landespräventionsrat im Freistaat Sachsen & Dr. Andreas Hallermann, Landesstelle
Gewaltprävention, Thüringer Ministerium für
Soziales, Gesundheit und Familie

Protokollantin:

Kristin Haacker, Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“

bereits seit dem Jahr 2005 und wird seit 2007 über eine eigene Förderrichtlinie umgesetzt. Aus diesem bewährten Landesprogramm wurden Erfahrungen zur Entwicklung und Umsetzung vorgestellt und reflektiert. (Details zum Landesprogramm „**Weltoffenes Sachsen**“ sind auf der Internetseite www.lpr.sachsen.de verfügbar.

Trotz bestehender Unterschiede in den Fördermodalitäten der beiden Landesprogramme war in den geführten Gesprächen festzustellen, dass sowohl Sachsen als auch Thüringen das Ziel verfolgen, die Lokalen Aktionspläne flächendeckend auf die Freistaaten auszuweiten. Darüber hinaus sollen die Landesprogramme auch für Kofinanzierungen von Bundesprogrammen zur Verfügung stehen. Zusammenfassend kann als einer der wichtigsten Erfolge der beiden Landesprogramme in Sachsen und Thüringen die finanzielle Unterstützung sowie die Anerkennung der Arbeit der lokalen Akteure zur Stärkung der Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit betrachtet werden.

Zusammenfassung:

- Durch (geplante) Landesprogramme erhalten Akteure in Sachsen und Thüringen finanzielle Unterstützung und Anerkennung ihrer Arbeit für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.
- Problematisch sind die als gering empfundene Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten lokaler Akteure und Strukturen von Anfang an.
- Wünschenswert ist deshalb, lokale Akteure mit regionalen Erfahrungen intensiver in die Programmentwicklung und Umsetzung einzubinden.



Tisch 12 – Rechtsextreme Einflussnahme in der Kommunalpolitik



In vielen Kommunalparlamenten Thüringens und Sachsens sind rechtsextreme Parteien oder Bündnisse vertreten. In Eisenach, wo der Landesgeschäftsführer der NPD im Stadtrat sitzt, stellt die NPD-Fraktion viele Anträge und Anfragen. In anderen Parlamenten fallen sie wenig oder kaum auf. In Einzelfällen wurden Geschäftsordnungen so geändert, dass kleine Parteien und Gruppen keine Fraktion bilden und deshalb nicht in Ausschüssen mitarbeiten dürfen. Dabei nutzt die NPD aktiv die Möglichkeiten des Rechtsstaates (z.B. Dienstaufsichtsbeschwerden). Zu beobachten sind zunehmend Bürgerbündnisse, die mit NPD-nahen Themen antreten (Beispiel „Arbeit, Familie, Vaterland“ eines aus der CDU ausgeschlossenen Politikers). Gemeinsam ist vielen rechtsextremen Vertretern, dass sie weit in die bürgerlichen Schichten hinein vernetzt sind. Sie werden weniger über ihre politische Einstellung oder Parteimitgliedschaft als über ihr gesellschaftliches Engagement (Elternarbeit in Kita, Engagement in Feuerwehr, Fußballclub usw.) wahrgenommen und dadurch „salonfähig“. Durch ihre Verankerung im Gemeindeleben können diese auch nicht durch Pauschalverurteilung ausgegrenzt werden.

Die Rechtsextremen stellen sich in der Öffentlichkeit als bürgernah da, greifen immer wieder Themen auf, die breite Bürgerschichten bewegen, aber von den demokratischen Parteien nicht oder unzureichend bearbeitet werden oder finanziell nicht umsetzbar sind (z.B. kostenlose Schulspeisungen).

Als wichtig im Umgang mit rechtsextremen Vertretern in Kommunalparlamenten wurde Einigkeit der demokratischen Parteien herausgestellt. Diese darf sich nicht nur auf die grundlegende Ablehnung der Rechtsextremen beschränken, sondern muss sich auch auf den

Moderatoren:

Maren Düsberg, RAA Sachsen & Ulrike Quentel,
LAP-Koordinierungsstelle Eisenach/Wutha-
Farnroda (TH)

Protokollant:

Jens Hartmann, LAP Koordinierungsstelle Unstrut-
Hainich-Kreis

konkreten Umgang mit Anfragen, Anträgen usw. erstrecken. Dabei müssen die Grundprinzipien der Demokratie gewahrt bleiben.

Im gesellschaftlichen Umgang mit rechtsextremen Einstellungen und Wahlergebnissen können mit breit angelegter Aufklärung und aktivierender Beteiligung im Gemeinwesen gute Erfolge erzielt werden. In Bernsdorf (SN) konnte so von 2004 nach 2009 das NPD-Ergebnis der Landtagswahl um mehr als 50% reduziert werden, ist allerdings mit 11% immer noch sehr hoch. Wichtige Erfolgsfaktoren sind, dass die Landräte/ Bürgermeister und politischen Meinungsführer sich aktiv für Demokratie und Aufklärung einsetzen, und dass Bürgerthemen auch von den demokratischen Parteien aufgegriffen werden. Können Dinge nicht umgesetzt werden, helfen transparente Erklärungen, um Akzeptanz bei den Bürgern herzustellen und keinen Raum für rechtsextreme Agitatoren zu lassen.

Literaturtipp aus der Diskussion: Pascal Begrich, Thomas Weber, Roland Roth: „Die NPD in den Kreistagen Sachsen-Anhalts“, Landeszentrale für politische Bildung, Sachsen-Anhalt/Hochschule Magdeburg -Stendal 2010

Zusammenfassung:

- Mit Präventionsstrategien und aktivierender Beteiligung von Bürgern kann dem Rechtsextremismus begegnet werden.
- Problematisch ist die gute Vernetzung rechtsextremer Akteure und deren Besetzung aktueller lokaler Themen.
- Wünschenswert ist die Einigkeit der demokratischen Akteure im Umgang mit Rechtsextremen.



Ihre Interessenbekundung



Zielsetzung des Bundesprogramms

Mit den Bundesprogrammen „**VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie**“ und „**kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus**“ hat die Bundesregierung in den Jahren 2007 bis 2010 ziviles Engagement, demokratisches Verhalten, den Einsatz für Vielfalt und Toleranz sowie die Bildung von Beratungsnetzwerken erfolgreich unterstützt und gefördert. Dabei haben Bund, Länder und Kommunen erstmals ihr Engagement für ein demokratisches Zusammenleben gebündelt und gemeinsame Handlungsstrategien erarbeitet. Eng vernetzt arbeiten Entscheidungsträger auf politischer Ebene mit Verwaltungen und Ämtern genauso wie mit zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und Initiativen zusammen. Im Rahmen der beiden Bundesprogramme und

ausgerichtet an ihren spezifischen Schwerpunkten wurden neue Netzwerke auf kommunaler und Landesebene aufgebaut, modellhafte Projekte erprobt und weiterentwickelt. Die Netzwerke gilt es in der zweiten Förderperiode zu stärken und gleichzeitig Synergiepotenziale besser zu nutzen. Dies geschieht in der Förderperiode ab 2011 unter einem gemeinsamen Dach im Bundesprogramm „**TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN**“.

Die folgenden drei Programmbereiche sind vorgesehen:

1. die Entwicklung integrierter lokaler Strategien (Lokale Aktionspläne) mit den zwei Bausteinen:
 - Entwicklung, Implementierung und Umsetzung Lokaler Aktionspläne
 - Sicherung der Nachhaltigkeit der integrierten lokalen Strategien der bestehenden Lokalen Aktionspläne
2. die Förderung themenbezogener modellhafter Maßnahmen (Modellprojekte: Jugend, Bildung und Prävention)
3. die Förderung und Unterstützung qualitätsorientierter Beratungsleistungen in den landesweiten Beratungsnetzwerken.

Lokale Aktionspläne

Alle Informationen zu den Voraussetzungen einer Bewerbung, dem Fördergegenstand, den Fördergrundsätzen und dem Bewertungsverfahren im Programmbereich „Entwicklung integrierter lokaler Strategien (Lokale Aktionspläne)“ sowie die Leitlinie finden Sie unter:

www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de

Modellprojekte

Alle Information zu den Voraussetzungen einer Bewerbung, dem Fördergegenstand, den Fördergrundsätzen und dem Bewertungsverfahren

im Programmbereich „Modellprojekte: Jugend, Bildung und Prävention“ sowie die Leitlinie dieses Programmbereichs finden Sie ebenfalls unter: www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de

Termine

Das Interessenbekundungsverfahren für die Modellprojekte endet am 2. November 2010. Das Interessenbekundungsverfahren für die Lokalen Aktionspläne endet am 17. Dezember 2010. Die Interessenbekundung ist online auszufüllen und bezüglich der Modellprojekte bis zum 2. November 2010 elektronisch zu übersenden. Bei den Lokalen Aktionsplänen ist die elektronische Übermittlung zum 17. Dezember 2010 abzuschließen. Weiterhin ist die Interessenbekundung in Papierform und rechtsverbindlich unterschrieben einzureichen. Es gilt das Datum des Poststempels bis zum 3. November 2010 bei den Modellprojekten und bei den Lokalen Aktionsplänen bis zum 18. Dezember 2010. Für Fragen zur Interessenbekundung können sich Interessierte bis zum 2. November bzw. 17. Dezember 2010 an das Beratungsbüro in der gsub mbH wenden:

Zum Programmbereich Lokale Aktionspläne:

E-Mail: lap-ibk.2010@gsub.de
Tel.: (030) 28409-591 und -592

Zum Programmbereich Modellprojekte:

E-Mail: mp-ibk.2010@gsub.de
Tel.: (030) 28409-149 und -152

Sprechzeiten

Mo. bis Do.: 9.00 bis 12.00 Uhr, 13.00 bis 16.00 Uhr
Fr.: 9.00 bis 12.00 Uhr

Die Unterlagen zur Interessenbekundung sind einzureichen bei:

Bundesprogramm „**TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN**“
c/o gsub – Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH
Oranienburger Straße 65
10117 Berlin

(Achtung: kein Nachbriefkasten!)

Zugangsdaten anfordern

Für die Abgabe Ihrer Interessenbekundung benötigen Sie Zugangsdaten zur Onlinedatenbank.



Impressum

Herausgeber/Redaktion: Landespräventionsrat im Freistaat Sachsen,
Staatsministerium des Innern
01095 Dresden

Fotos: Tony Günther, Gera

Gestaltung und Satz: Jens Ahner Grafik & Design Chemnitz

Druck:

Versand: Zentraler Broschürenversand der Sächsischen Staatsregierung
Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit

Landesstelle Gewaltprävention
Werner-Seelenbinder-Straße 6
99096 Erfurt

Die Konferenz im Netz:

www.transferkonferenz-suedost.de